Rheder Volkszeitung

Kreisblatt des Stadtkreises Bocholt
Amtlicher Anzeiger des Landratsamtes, von Bürgermeisterämtern und Ämtern des Kreises Borken.
Organ der Zentrumspartei

Bocholter-Borkener Volksblatt

Anholt-Isselburger Zeitung

Geschäftsstellen: Bocholt, Realschulstraße 14. Fernspr.-Sammelnr. 3054. Rhede: J. Heinrichs. Anholt: W. Wolsing. Werth: Th. Parr[illegible]
Verlagsort: Dortmund 1.

Nummer 223 | Sonntag, den 12. August | Jahrgang 1928

Englands falsche Rechnung.

Von unserem Londoner Mitarbeiter.

(!) **London,** 9. August.

Keine der Weltmächte, die vor vierzig Jahren in den großen Krieg zogen, rechnete so bestimmt mit einer ungeheuren Bereicherung als Folge des Krieges wie England. Und man kann heute sagen: von allen Mächten, die sich des militärischen Sieges im Weltkriege rühmen, ist keine wirtschaftlich und finanziell so schwer enttäuscht worden wie England. Als der Krieg 1918 endigte, konnte man das freilich noch nicht erkennen. England, dessen Maschinen und Bergwerke intakt geblieben waren, sah das in seinen wirtschaftlich hochstehenden Provinzen verwüstete Frankreich, sah das hakvorhungerte, seiner Kriegs- u. Handelsflotte beraubte Deutschland und schloß, daß jetzt die Zeit eines glänzenden Aufschwunges für die englische Industrie gekommen sei. In der Tat ging es die ersten Jahre gut, und in dieser Zeit übernahm England, das an dauernder Prosperität nicht zweifelte, die große Verpflichtung, seine Kriegsschulden in einer verhältnismäßig kurzen Zeit und folglich mit großen Jahresraten an die Vereinigten Staaten zurückzuzahlen. Dieser Beschluß ist damals als kühn und vorbildlich bewundert worden, und man hat über die vorsichtigen Franzosen, die so läpperweise mit der Abzahlung ihrer Schulden vorgehen, gespottet. Es zeigt sich aber heute, daß die vorsichtigen Franzosen recht haben, und daß die Engländer einen unüberlegten großmannsüchtigen Streich begingen, als sie den Amerikanern so viel und so bald Zahlungen versprachen. Diese Verpflichtungen drücken jetzt schwer auf das englische Budget.

Es kam nämlich wirtschaftlich ganz anders, als man in London gedacht hatte. Der Krieg hat überall, nicht nur in Europa, sondern auch in den anderen Erdteilen, vor allem in Asien und in den englischen Kolonien, früher den sichersten Absatzgebieten von England, Industrien großgezogen, die diese Länder zu Selbstversorgern machen. Nachdem die Industrien einmal da waren, schützten sie sich durch hohe Zölle. Die englische Industrie fand sich bald, was noch nie vorgekommen war, durch ausländische Industrien so bedroht, daß sie nach Schutzzöllen schrie. Da die Liberalen und die Arbeiterparteien dieses Verlangen nicht erfüllen konnten, gab es konservative Wahlen. Aber auch die Tory-Regierung Baldwin-Chamberlain-Churchill konnte die Wünsche der Schutzzöllner nicht erfüllen und wird dieserhalb aus den eigenen Reihen schwer angegriffen. So wirft die konservative „National Review" Baldwin vor, er habe kein Herz für den Schutz der nationalen Industrie und werde bei den nächsten Wahlen dafür bestraft werden. Sicher ist es, daß es der Industrie schlecht geht. Dafür zeugt die Ziffer der Arbeitslosen, die nach der jüngsten Statistik 1 300 000 beträgt. Die Kohlenindustrie kommt aus ewigen Krise nnicht heraus. In den Eisenbahnen triselt es fortwährend. Die Verkehrsarbeiter drohen mit Streiks, die jeden Tag ausbrechen und das ganze wirtschaftliche Leben Englands lähmen können, und die Direktoren der Eisenbahngesellschaften erklären, daß es absolut unmöglich ist, einen Penny mehr Lohn für die Arbeitsstunde zu bezahlen. Der Krieg stellt sich immer mehr und mehr als kolossale Dummheit heraus — nicht als „kolossalste" Dummheit des Jahrhunderts, denn von dem ist ja erst ein knappes Drittel vergangen und die anderen zwei Drittel können ja etwas noch Kolossaleres bringen.

Parlamentswahlen müssen spätestens nächstes Jahr stattfinden. Sie werden immer etwas Neues sein, als sie infolge der Vermehrung der weiblichen Stimmen mehr Wählerinnen als Wähler auf die Beine bringen werden. Die konservative Regierung, die den Frauen dieses Recht gegeben hat, verspricht sich dafür ihre Dankbarkeit. Im allgemeinen rechnet man freilich damit, daß die nächsten Wahlen wieder konservativ ausfallen werden, aber nicht wegen der Dankbarkeit der Frauen, sondern weil Liberale und Arbeiter es nicht fertig bringen werden, ein Wahlkartell oder gar eine Regierungskoalition zu machen. In der „Fortnightly Review" wird Baldwin für die nächsten Wahlen eine Verminderung seiner Partei vorhergesagt, aber doch nur so, daß sie noch so stark sein werde, wie es die Konservativen einst unter Bonar Law gewesen. Damals betrug sie 50—60 Stimmen und das reicht zum Regieren aus. Es ist leicht möglich, daß Baldwin sich mit einer solchen Mehrheit am Ruder hält. Aber wird es ihm gelingen, der Streiks Meister zu werden? Die Zahl der Arbeitslosen zu vermindern? Das hängt nicht von Gesetzmaßregeln ab, sondern von der Besserung der wirtschaftlichen Weltlage und diese wiederum kann von zwei Faktoren am wesentlichsten beeinflußt werden: Herstellung ruhiger Verhältnisse in China und Wiedergewinnung dieses großen Absatzgebietes für englische Waren. Das zweite Moment ist ein erträgliches Verhältnis zu den Sowjets und die Hebung der russischen und asiatischen Konsumkraft. Jede andere Politik wird zur Erfolglosigkeit verdammt sein und den wirtschaftlichen Marasmus verschlimmern.

Panzerkreuzer A.

Sofortiger Bau als einmaliger Versuch.

:: **Berlin,** 11. August.

Das Reichskabinett hat am Freitag den vielumstrittenen Bau des Panzerschiffes einer eingehenden Beratung unterzogen und einen Bericht des Reichsfinanzministers darüber entgegengenommen, ob die Finanzlage des Reiches die Aufnahme des Baus gestatte. Es wurde festgestellt, daß die Lage der Reichsfinanzen erlaube, demnächst mit dem Bau des geplanten Panzerschiffes zu beginnen, um so mehr, als festgestellt wurde, daß die durch den Bau des Panzerschiffes entstehenden Mehrausgaben in den folgenden Jahren durch entsprechende Ersparnisse bei sonstigen Ersatzbauten wieder eingebracht werden könnten. Daraufhin beschloß das Kabinett, wie festgestellt zu werden verdient, einmütig, den Bau des Schiffes in Angriff zu nehmen. Es handelt sich aber nunmehr nicht mehr um das erste Panzerschiff einer Reihe gleichartiger Schiffe, sondern der Neubau ist zunächst als einmaliger Versuch gedacht. Für den jetzt beschlossenen Neubau wurde von zuständiger Seite u. a. geltend gemacht, daß der Zustand unserer Panzerschiffe von Jahr zu Jahr unbefriedigender werden müsse, und daß die dadurch notwendigen Ausbesserungsarbeiten erhebliche Summen verschlingen würden, ohne daß die Gewähr geboten sei, ein wirklich modernes Schiff zu besitzen. Wie unbefriedigend der Zustand unserer Panzerschiffe zurzeit sei, gehe daraus hervor, daß wahrscheinlich noch in diesem Jahr zum Beispiel auf dem Flaggenschiff alle Kessel herausgenommen und durch neue ersetzt werden müßten. Hierzu komme, daß die uns durch den Friedensvertrag gelassenen Schiffe ein ungewöhnlich hohes Dienstalter, u. a. sogar 22 Jahre, aufzuweisen hätten, ein Alter, das in keiner anderen Flotte der Welt überhaupt anzutreffen ist. Die für den Neubau vom Reichstag bereits bewilligte erste Rate beträgt 9,3 Millionen Mark. Nachdem das Reichskabinett jetzt seine Zustimmung zu dem Neubau erteilt hat, können in der nächsten Zeit die Bauaufträge vergeben werden. Man kann damit rechnen, daß der Bau etwa am 1. Oktober d. J. begonnen wird.

*

Die Zustimmung der sozialdemokratischen Minister.

Von unserer Berliner Redaktion.

)(**Berlin,** 11. August (Drahtb.)

Mit dem Beschluß des Reichskabinetts, daß der Panzerkreuzer A gebaut wird, ist ein Kapitel abgeschlossen, das bekanntlich schwere innerpolitische Kämpfe und freventliche Hetze während des Wahlkampfes heraufbeschworen hat. Im Reichstag wurde die Vorlage angenommen und der Reichsrat, der zunächst Einspruch erhoben hatte, verlangte nur eine Nachprüfung der finanziellen Seite. Im Kabinett wurde am Freitag gegen den Bau des Panzerkreuzers von keiner Seite Einspruch erhoben. Demnach haben auch die sozialdemokratischen Minister zugestimmt. Da zeigt sich wieder einmal, wie erzieherisch die Teilnahme an der Führung der Reichsgeschäfte zu wirken vermag. Vor wenigen Wochen noch wüste Agitation unter der Devise „Panzerkreuzer und Kinderspeisung" — nunmehr wird das heißumstrittene Schiff gebaut mit Zustimmung der vier sozialdemokratischen Reichsminister! Aus Staatsraison beschlossen sie, was die Sozialdemokraten im Wahlkampf bekämpften. Der „Vorwärts" meint zwar, an der grundsätzlichen Einstellung der sozialdemokratischen Minister zu diesem Kriegsschiffbau habe sich nichts geändert, aber über die Tatsache, daß das Etatsgesetz für 1928 in Kraft sei und den Bau vorsehe, hätten sie sich nicht hinwegsetzen können, wenn sie nicht das Etatsgesetz verletzen wollten. Man kann diese Erklärung gelten lassen. Sie beweist klar und deutlich, daß zwischen der Theorie der Opposition und der Praxis der Staatsgeschäftsführung ein wesentlicher Unterschied besteht. Würden alle Parteien sich diese Erkenntnis zu eigen machen, so könnte die gesamte Politik weit mehr als bisher der Fall war, auf dem Boden der Sachlichkeit geführt werden.

Die Aufstellung der Ausschmückung beschäftigt.

Hohe Pylonen tragen große Banner in den Reichsfarben, die im oberen Felde mit den Wappen der deutschen Länder geschmückt sind. Davor ist eine Tribüne aufgebaut, von der aus die Mitglieder der Regierung am Abend den Fackelzug abnehmen werden. Der Andrang des Publikums vor dem Reichstag wird inzwischen immer stärker. Unter den Schaulustigen sieht man auch viele Schulkinder, die nach einen kurzen Feier schulfrei haben. Im Reichstage selbst hielt die Festrede Dr. Radbruch-Heidelberg, welche wir in nächster Nummer ausführlich wiedergeben. Er sprach über Klassengegensatz, Parteipartikularismus, Länderpartikularismus und schließlich über den Anschluß Oesterreichs an das Reich.

Die Sitzung des Reichskabinetts.

Berlin, 11. Aug. Wie gemeldet, ist im Kabinett der Beschluß, den Bau des Panzerkreuzers A in Angriff zu nehmen, einmütig gefaßt worden. Dem „Lokalanzeiger" zufolge nahm die Beratung über die Erhöhung der Versicherungsgrenze in der Angestelltenversicherung längere Zeit in Anspruch. Nach dem § 3 des Angestelltenversicherungsgesetzes ist der Reichsarbeitsminister ermächtigt, diese Grenze festzusetzen, sodaß das Kabinett einen entsprechenden Beschluß fassen konnte. Hierzu ist nur eine Verordnung notwendig. Bei dem in dem Communiqué erwähnten internationalen Abkommen über die Seeschiffahrt handelt es sich, wie das Blatt schreibt, um Abkommen von Genua vom Jahre 1926, von Genf vom Jahre 1921 und von Genf vom Jahre 1926. Diese Abkommen beziehen sich auf die Beschäftigung von Jugendlichen und auf die ärztliche Untersuchung. Diese Angelegenheiten sind in der deutschen Seemannsordnung bereits geregelt. Trotzdem bedürfen die entsprechenden internationalen Abkommen noch der Ratifizierung. Laut „Vossischer Zeitung" ist der Kabinettssitzung eine Besprechung des gegenwärtigen Standes der deutsch-rumänischen Finanzverhandlungen vorausgegangen. Die von der rumänischen Regierung entsandten Unterhändler sind jetzt in Berlin eingetroffen.

Die französischen Sozialisten und die Rheinlandräumung.

Der Internationale sozialistische Kongreß in Brüssel hat bisher in der nichtsozialistischen Presse sehr wenig Beachtung gefunden. Wenn auch im allgemeinen den Reden und Beschlüssen solcher Veranstaltungen keine allzu große Bedeutung beigelegt zu werden braucht, so sollte aber gerade bei dem sozialistischen Kongreß bedacht werden, daß sieben Millionen Menschen geschlossen hinter der Internationale stehen, daß rund 25 Millionen Wähler durch die Parteien der sozialistischen Internationale vertreten werden, daß von 6176 Abgeordneten 1181 Sozialdemokraten sind, d. h. beinahe ⅕ der Abgeordneten aller Länder der Welt. 354 sozialistische Tageszeitungen werden der zur sozialistischen Internationale gehörenden Arbeiterschaft jeden Tag zugänglich gemacht.

Ohne den Wert von Zahlen eine übergroße Bedeutung beilegen zu wollen, kann man an der Tatsache nicht vorübergehen, daß in der sozialistischen Internationale eine Macht zusammengeballt ist, der bei politischen Entscheidungen eine beträchtliche Rolle zufällt. In diesem Sinne ist es auch zu begrüßen, daß der Vertreter der französischen Sozialisten, Paul Faure, im Verlaufe der Vollsitzung des sozialistischen Kongresses im Namen der französischen Delegation eine Erklärung abgab, die besagt, daß die französischen Sozialisten geschlossen für eine sofortige bedingungslose Räumung des Rheinlandes eintreten. Im einzelnen führte Paul Faure aus, daß der französische sozialistische Parteitag, der im Juli dieses Jahres stattgefunden hat, in einer Entschließung die Besetzung fremder Gebietsteile grundsätzlich verurteilte und die sofortige bedingungslose Räumung des Rheinlandes verlangte. Diese Entschließung sei einstimmig von der französischen sozialistischen Partei gutgeheißen worden. Die französischen Sozialisten wollten, betonte der Redner, nicht einmal zulassen, daß die Räumung zum Gegenstand eines Handels gemacht werde. Die Räumung müsse mit der Abrüstungsfrage verbunden werden.

Der Beifall und das Händeklatschen, womit Paul Faure der Dank der Versammlung abgestattet wurde, bewiesen, daß die Sozialisten aller Länder das gleiche Empfinden haben, wie das gesamte deutsche Volk; das Rheinland muß geräumt werden! Zu wünschen bleibt nur, daß die sozialistischen Vertreter, wenn sie wieder nach Hause kommen, mit der gleichen Begeisterung, die in Brüssel zum Ausdruck kam, für das Recht Deutschlands eintreten. Leider muß man jedoch oftmals erleben, daß mit dem Abschluß eines Kongresses und mit der Annahme von Resolutionen die Arbeit als erledigt gilt. Hoffentlich wird von dieser Praxis im Falle der Rheinlandräumung Abstand genommen. Insbesondere die französischen Sozialisten können zur Versöhnung der Völker wesentlich beitragen, wenn sie, eingedenk der Worte Paul Faures, in ihrer Heimat fortgesetzt auf das Unrecht der fremden Besatzung im Rheinland hinweisen. Je energischer sie das tun, desto rascher wird die Stunde der Räumung schlagen.

Das englisch-französische Flottenabkommen.

Der Schleier fällt.

◇ **Paris,** 11. Aug. „Matin" bestätigt die aus englischer Quelle stammenden Angaben über den Inhalt des französisch-englischen Flottenabkommens und bemerkt dazu: England hat in der Frage der Beschränkung der Kreuzer und der Befreiung der leichten Kreuzer von jeder Kontingentierung seinen Standpunkt durchgesetzt. Frankreichs Auffassung wird hingegen in der Frage der U-Boote Rechnung getragen. Frankreich und England erkennen ferner an, daß es möglich ist, die Beschränkung auf die kleinen Schiffe auszudehnen. Eine Regelung der Frage der Hilfsschiffe ist nicht möglich. Handelsschiffe zu beschränken, ist aber gewagt und schwierig, denn sie gehören zum potential de guerre. Die Beschränkung der genannten Schiffskategorie soll folgendermaßen vor sich gehen: Grundsätzlich wird die Parität zwischen sämtlichen Mächten zugelassen. Jeder Staat wird angeben können, in welchem Verhältnis er die Ziffern, zu deren Einhaltung er sich verpflichtet, zu verrechnen gedenkt. Diese Bestimmung ist, so schließt das Blatt, deshalb interessant, weil die Länder, deren Flotten im Aufbau begriffen sind — und Frankreich gehöre dazu — unter diesen Umständen in der Lage wären, die notwendigen Vorkehrungen für ihren Schutz zu treffen.

★

Vermindertes Interesse der Vereinigten Staaten.

÷ **London,** 11. Aug. Der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph" schreibt: Ich erfahre, daß Washington dem sogenannten englisch-französischen Marineabkommen nicht mehr die gleiche Bedeutung zumißt wie zu Anfang. In amerikanischen Kreisen habe man jetzt nach sorgsamer Prüfung der britischen und französischen Noten über den Gegenstand anscheinen erkannt, daß die Vereinbarung in Wahrheit wenig mehr bedeutet als einen gemeinsamen Versuch Englands und Frankreichs, ihre frühere Meinungsverschiedenheiten in der Seeabrüstungsfrage zu beseitigen, um eine verheißungsvolle Grundlage für die Erörterung der Seemächte zu bieten, wenn der vorbereitende Abrüstungsausschuß wieder zusammentritt. Die Durchführung des englisch-französischen Abkommens hängt also von der Zustimmung der Vereinigten Staaten, Italien und Japan ab.

*

Eine Erklärung Coolidges über den Kellogg-Pakt.

:: **Superior** (Wisconsin), 10. August. Präsident Coolidge gab eine Erklärung über die Wirkung ab, die der Kellogg-Pakt möglicherweise auf die amerikanische Marine ausüben werde. Er erklärte nachdrücklich, er beabsichtige nicht, zuzulassen, daß die Stärke oder Leistungsfähigkeit der amerikanischen Marine oder Armee auf Grund des Kellogg-Vertrages abgeschwächt werde. Der Vertrag verpflichte die Signatarmächte besonders, sich gegenseitig nicht anzugreifen, und habe deshalb kaum etwas mit Dingen zu tun, die lediglich der nationalen Verteidigung dienen. Coolidge ist indessen der Ansicht, daß der Vertrag dennoch möglicherweise bestimmte auf die Verteidigung bezügliche Maßnahmen berühren werde, die entweder in der Schwebe seien, oder noch erörtert würden, es werde aber auch nach der Unterzeichnung des Kellogg-Paktes und seiner Ratifizierung durch den Senat noch Zeit genug sein, zu erwägen, ob irgendwelche bestimmten gesetzgeberischen Schritte abgeändert werden sollten. Coolidge vertrat die Auffassung, daß der Vertrag in keiner Weise zu irgendeiner der von der Völkerbundssatzung den Völkerbundsmitgliedern auferlegten Verpflichtungen in Gegensatz treten werde. Der Völkerbund sei stets als ein Instrument des Friedens bezeichnet worden, und deshalb könne er sich nicht denken, daß irgend eines seiner Mitglieder gegen irgend einen Schritt, gleichviel von welcher Seite, Widerspruch erheben könnte, der geeignet sei, die Sache der internationalen Ruhe zu fördern.

Der Verfassungstag in Berlin.

© **Berlin,** 11 August. Die Feier des Verfassungstages in Berlin wird von schönstem Sommerwetter begünstigt. Alle öffentlichen Gebäude, die Mehrzahl der großen Hotels, die Geschäftshäuser sowie die Berliner Verkehrsmittel tragen Flaggenschmuck in den Reichs- und Landesfarben. Ebenso haben auch die Vertretungen der fremden Mächte in den Farben ihrer Länder geflaggt. Bereits in der zehnten Vormittagsstunde herrscht am Reichstag und in der Wilhelmstraße vor dem Palais des Reichspräsidenten lebhaftes Treiben. Die ersten Hundertschaften der Schutzpolizei rücken an, um die notwendigen Absperrungen vorzunehmen. Das Hauptportal des Reichstages ist mit hohen Lorbeerbäumen geschmückt. Rechts und links der Freitreppe, vor der nach der Feier der Reichsregierung im Plenarsitzungssaal der Reichspräsident die Front der Ehrenkompagnie abschreiten wird, sind Blumenarrangements in hellblauer Farbe aufgestellt. Auf der anderen Seite des Platzes der Republik sind noch kurz vor der Feier zahlreiche Hände mit der Fertigstellung der Ausschmückung beschäftigt.

Die englisch-französischen Manöver im Rheinland.

:: **London,** 10. August. Amtlich wird die Mitteilung des „Daily Telegraph" bestätigt, daß bei den kommenden französischen Manövern im Rheinland ein britisches Kavallerieregiment mitwirken wird. Dies geschehe auf Grund einer Einladung der französischen Behörden, die England angenommen habe.

Der Schülerredewettbewerb in der der Hochschule für Politik.

+ **Berlin**, 10. Aug. In der deutschen Hochschule für Politik wurde heute der von der Leitung dieser Schule veranstaltete, seit vier Tagen dauernde Schülerredewettbewerb in Anwesenheit von Vertretern von Reich und Ländern, des amerikanischen Botschafters Dr. Shurman und einer zahlreichen Zuhörerschaft feierlich zu Ende geführt.

Professor Dr. Jäckh, der Leiter der Hochschule, führte in seinen einleitenden Worten aus, daß es sich bei dem heutigen Schlußtage des Wettbewerbes auch um eine Art Verfassungsfeier handele, die wohl eine der eigenartigsten sei, da die kommende Generation, die nicht mehr belastet sei von der Vorkriegszeit, das Wort haben werde. Man könne über Primanerpolitik denken wie man wolle, müsse sie aber in höherem, ernstem, ursprünglichem Sinne bejahen. Es gebe neben der Kunst der Politik auch eine Wissenschaft der Politik. Staatssekretär Dr. Lammers beleuchtete in seiner Begrüßungsansprache kurz die Ziele staatsbürgerlicher Bildung und Erziehung der Jugend.

Studienrat Dr. Strunz, der Leiter der Vorprüfungskommission und des Jugendseminars der Hochschule führte darauf die aus den Vorkämpfen, an denen 145 Schüler und Schülerinnen teilnahmen, herausgesiebten sieben Bewerber um die ersten Preise ein. Es folgten darauf die Reden der sieben Preisträger aus der Vorprüfung. Nach einer Pause, in der die Richter sich zusammensetzten, wurde von Staatssekretär Dr. Lammers das Ergebnis des Wettbewerbs verkündet. Es erhielt den ersten Preis (eine Amerikareise) Barth (Steglitz), den zweiten Preis (eine Geldspende von 200 Mark) Hahn-Berlin, den dritten Preis (ebenfalls eine Geldspende von 200 Mark) Frank-Berlin, den vierten Preis (eine Geldspende von 100 Mark) Behrends-Harburg.

Botschafter Dr. Shurman richtete darauf eine kurze Ansprache an die Sieger, in der er ausführte, daß er die Reden sehr lehrreich gefunden habe. Sie seien eine Quelle großen Vergnügens und nützlicher Belehrung gewesen. Er dankte allen Rednern und beglückwünschte insbesondere den Träger des ersten Preises zu seinem Erfolge, der sich eine nationale Ehre errungen habe und den er als europäischen Vertreter der deutschen Jugend begrüße. In Amerika erwarte den Sieger in Kürze ein internationaler Redewettstreit, in dem er in seiner Landessprache reden dürfe. Er (der Botschafter) wünsche dem Sieger glückliche Reise und guten Erfolg. Mit dem allgemeinen Gesang der dritten Strophe des Deutschlandliedes wurde die Feier beendet.

Eröffnung des Fernsprechverkehrs zwischen Deutschland und Spanien.

:: **Berlin**, 10. Aug. Heute mittag 12 Uhr ist der Fernsprechverkehr zwischen Deutschland und Spanien offiziell eröffnet worden. Das erste Gespräch führte der spanische Generaldirektor des Verkehrswesens, Don Jose Dafur mit dem Vertreter des Reichspostministers, Staatssekretär Dr. Feyerabend.

Hierauf fand ein weiteres Gespräch statt zwischen dem Vizepräsidenten der spanischen Regierung und Minister des Innern, General Martinez Anido und dem deutschen Reichsminister des Innern, Severing. Der spanische Minister begrüßte Minister Severing und erklärte: „Ich bin gewiß, daß dieser neue Verbindungsweg, wie er zu gleicher Zeit die aufrichtige Freundschaft, die unsere beiden Länder verbindet, verstärken wird, so auch fühlbar dazu beitragen wird, unsere gegenseitigen Interessen zu entwickeln."

Reichsminister Severing dankte namens der deutschen Regierung für die freundlichen Worte und gab der Versicherung Ausdruck, daß auch die deutsche Regierung die Eröffnung des telefonischen Verkehrs zwischen Deutschland und Spanien aufs freudigste begrüße. „Denn sie hofft mit Ihnen," führte er weiter aus, „daß auch die Verkehrsmittel dazu beitragen, die Beziehungen Deutschlands zu dem großen, aufstrebenden spanischen Volke, mit dem uns eine alte Freundschaft verbindet, immer enger zu gestalten."

Die Verständigung bei den Gesprächen war vorzüglich.

Schwere Schlägereien zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten.

)(**Berlin**, 11. August. In Berlin-Tempelhof ist es in der letzten Nacht mehrfach zu schweren Schlägereien zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten gekommen, in deren Verlauf zwei Personen schwer verletzt wurden und eine dritte leichtere Verletzungen davontrug. Zunächst entspann sich eine Schlägerei zwischen Mitgliedern der genannten Parteien an einer Straßenecke. Beim Eintreffen der Polizei hatten sich die streitenden Parteien bereits entfernt. Die Polizei suchte darauf die Häuser ab und fand einen 20jährigen Nationalsozialisten schwer verletzt mit einem Stich in der Lunge auf. Man brachte ihn in das Schöneberger Krankenhaus. Einige Stunden später gegen 2 Uhr versuchten Nationalsozialisten ein Lokal in Tempelhof, in welchem sich Kommunisten aufhielten, zu stürmen. Es entspann sich wiederum eine schwere Schlägerei, wobei ein 23jähriger Nationalsozialist schwer verletzt wurde, während ein anderer leichtere Verletzungen davontrug. Fünf Personen, die sämtlich den Nationalsozialisten angehören, konnten zwangsgestellt werden.

Beleidigungsprozeß gegen Stadtrat Schminke, Neukölln.

× **Berlin**, 11. August.

Die Zustände in den Neuköllner Krankenhäusern (Verbot des gemeinsamen Gebets, Verbot der Weihnachtsfeiern mit christlichem Charakter, Verbot der Einsichtnahme in die Listen seitens der Geistlichen usw.) veranlaßten bekanntlich seinerzeit Stadtverordneten Treffert, eine Anfrage an das Bezirksamt zu richten, ob es die Maßnahmen des kommunistischen Stadtrats Dr. Schminke billige. In der Aussprache geißelte Treffert das System, wie es besonders in Neukölln gehandhabt wird. Stadtrat Schminke antwortete darauf und machte dabei die Bemerkung: Die Pfaffen kämen nur in die Krankenhäuser, um den Kranken vor ihrem Tode die Erbschaft abzuknöpfen. Diese Menschen — womit er die Geistlichen meinte — quälten nur die Kranken und der kath. Geistliche vom Krankenhaus Britz habe sogar versucht, die Beamten zu bestechen, damit sie ihm die Namen der eingelieferten Katholiken aushändigen.

Die Vorgänge haben die Oeffentlichkeit viel beschäftigt und führten zu der großen Kundgebung im Zirkus Busch und Lustgarten. Der Pfarrer von Neukölln, Dominikus Metzner, stellte gegen Stadtrat Schminke wegen öffentlicher Beleidigung Strafantrag wegen der eben erwähnten Behauptung. Zunächst redete sich Stadtrat Schminke damit heraus, er hätte ja keine Namen genannt, und auf die Bemerkung von Pfarrer Metzner, es könne doch kein anderer als er gemeint sein, gab Schminke keine Antwort. Das Strafverfahren nimmt deshalb seinen Fortgang. Am 10. August war in dem anhängig gemachten Ermittlungsverfahren vor dem Amtsgericht Neukölln Vernehmung der in Betracht kommenden Personen. Es wurden vernommen: Stadtrat Dr. Schminke, Amtmann Meinen vom Krankenhaus Britz, Pfarrer Metzner und Stadtverordneter Treffert. Die Vernehmung nahm 1½ Stunden in Anspruch. Dabei stellte sich heraus, daß Dr. Schminke, der so tapfer in der Bezirksversammlung gegen die Geistlichkeit wetterte, jetzt die Schuld von sich abwälzen und dem Stadtamtmann zuschieben will. Er erklärte nämlich, daß er gar nicht behauptet habe, der katholische Geistliche habe versucht, die Beamten zu bestechen, sondern daß er nur einen Bericht des Stadtamtmanns vorgelesen habe.

Demgegenüber hält Stadtverordneter Treffert seine Behauptung aufrecht, daß Schminke in freier Rede unter zustimmenden Zwischenrufen der Kommunisten diese Behauptung aufgestellt habe. Das geht auch aus einem Bericht der „Roten Fahne" hervor, in der es heißt: „Genosse Schminke .... nagelte fest, daß ein katholischer Geistlicher die Beamten zu bestechen versucht habe, in dem er ihnen für jeden Namen eines katholischen Kranken 10 Pfg anbot."

Das Verfahren ist noch nicht abgeschlossen. Schminke dürfte mit seiner Ausrede und dem Abschieben der Schuld kaum Erfolg haben. Wenn er ein tapferer Mann gewesen wäre, hätte er sich zu seiner verleumderischen Beleidigung bekannt und hätte sie zu beweisen versucht. Da ihm Beweise fehlen und ihm der Mut fehlt, die Beleidigung zu bedauern und zurückzunehmen, sucht er einen ihm untergebenen Beamten ins Feuer zu bringen. Mit dieser Methode dürfte er jedoch kein Glück haben. Auf das Ergebnis kann man gespannt sein.

Bad Waldliesborn.

Wie auch andere Bäder, hat Bad Waldliesborn bei Lippstadt ab Ende August ermäßigte, vierwöchige Pauschalkuren zum Preise von RM. 225.— eingerichtet. Zur Behandlung eigenen sich Erkrankungen des Herzens und der Gefäße des zentralen und peripheren Nervensystems, Muskelrheumatismus, Gelenkerkrankungen und ihre Folgezustände, Neuralgien, Ischias, Blutarmut und Schwächezustände. Näheres durch die Badeverwaltung.

Englisch-amerikanisch-japanischer Kampf um China.

Wer wird Sieger?

Der berüchtigte „Krieg in China" ist nicht zu Ende. Er wird fortgeführt ... Diesmal nicht von chinesischen Generalen, sondern von den Diplomaten Londons, Tokios und Washingtons. Die Leidtragenden sind, wie immer, die Massen der chinesischen Bevölkerung. Die siegreiche nationale Revolution Nankings, die das gesamte chinesische Territorium mit Ausnahme der Mandschurei wieder vereinigte und ein wenigstens vorläufiges Ende des zerstörenden Bürgerkrieges erzielte, hat die Großmächte stutzig gemacht. Wenigstens zunächst. Die riesigen Vorteile, die die Großmächte in China, England, Japan und Amerika, allen voran, genießen, schienen ernstlich bedroht; denn einer der drei Punkte der Lehre Sun Pat Sens, des großen chinesischen Revolutionärs und des Gründers und Inspirators der nunmehr siegreichen Kuomintang-Bewegung, lautet: „Nieder mit den ungleichen Verträgen." Daß der Weg Chinas zum freien unabhängigen Staat über die Zerstörung der Knechtschaftsverpflichtungen, die China zu einer Halbkolonie der Westmächte machten, gehen wird, war allen an China Interessierten stets klar. Man kämpfte dagegen, so gut man konnte. Und man konnte es gut. Wozu es verbergen? Der chinesische Bürgerkrieg wäre ohne fremde „Unterstützung" und „Hilfe" längst zu Ende. Jetzt nunmehr, wo er trotz den krampfhaften Bemühungen der Ausländer zu Ende ist, mußte die Lage geändert werden. Nach einigen Monaten Abwartens, Zweifelns und Schwankens gingen die Großmächte zu einer höheren Stufe der politischen Einwirkung über, als es das Schüren des Bürgerkrieges ist: zur Diplomatie. Diese Art von Betätigung gehört bekanntlich nicht immer zum durchweg Reinen und Edlen. In China aber, wo die Westmächte längst aufgehört haben, sich zu zieren, ist man nun prompt dazu übergegangen, einen Rekord einer unehrlichen Diplomatie nach dem anderen zu schlagen.

Die erste Macht, die das Eis brach, war Amerika. Eines schönen heißen Julitages wurde plötzlich die Nachricht von dem Abschluß eines chinesisch-amerikanischen Abkommens verbreitet. Das Prinzip der Gleichberechtigung, das die Nankinger Regierung als Verhandlungsbasis vorschlug, wurde von Washington in der Theorie anerkannt, um in der Praxis, wie es übrigens nicht nur in China geschieht, umgangen zu werden. Das Handelsabkommen zwischen Washington und Nanking enthält für Amerika noch Vorteile genug, sodaß von einem Triumph der Generosität oder des Gefühls internationaler Gerechtigkeit kaum die Rede sein kann. Aber Nanking war auch mit einem kleinen Erfolg zufrieden. Dieser Erfolg Nankings war immerhin noch groß genug, um die Engländer und Japaner in größte Bestürzung und Verlegenheit zu bringen. Jetzt galt es zu handeln, um nicht endgültig von Amerika übertrumpft zu werden, und London und Tokio handelten jedes auf seine Art.

Die Welt wurde durch die Kunde beglückt, daß eine Einigung London-Nanking erzielt wurde und daß der Weg zu einem neuen englisch-chinesischen Abkommen freigeworden sei. Zwischen England und dem nationalistischen revolutionären China schwebte bekanntlich ein Konflikt aus den Zeiten der Einnahme des Pang-tse-Flusses und der an diesem Fluß liegenden großen Städte Nanking und Schanghai durch die Armee Tschiang-Kai-Scheks. Die Chinesen hatten sich damals erlaubt, den englischen Kriegsschiffen und Besatzungstruppen sowie einigen englischen Kolonialhelden, die sich herausfordernd genug benahmen, mit einer nicht gerade altchinesischen Höflichkeit die Türe zu weisen. Dieser „Wink" kostete den Engländern einige zerschlagene Fensterscheiben und einige Verwundete, den Chinesen dagegen Berge von Ermordeten und Hingerichteten und zusammengestürzte, zerstörte Städte und Straßenviertel. Selbstverständlich stellte England, angesichts dieser Ereignisse, entsprechende Sühneforderungen an China. Ueber ein Jahr lang konnte man sich über die äußerst erniedrigenden und weitgehenden „Bedingungen" nicht einigen. Jetzt heißt es, daß der Nanking-Zwischenfall nunmehr beigelegt sei. Zweifelsohne hat London sich beeilt, seine Ansprüche etwas zurückzuschrauben, um nicht in eine Sackgasse getrieben zu werden. Und noch im Laufe dieses Monats erwartet man, daß England ein Abkommen nach dem Vorbild des chinesisch-amerikanischen Vertrages schließen wird, um den Vorsprung Amerikas auszugleichen. England scheint eingesehen zu haben, daß, je länger es zögert, desto ungünstiger die Basis sein wird, auf der es sich mit der erstarkten Nanking-Regierung „einigen" kann. So hat London seinen Diplomaten in China doch freie Bahn gelassen, in der nicht unberechtigten Hoffnung, daß sie ihre Sache schon gut besorgen werden.

Auch Japan hat seine Sprache wiedergefunden und entwickelt, durch den amerikanischen Eifer angespornt neue Aktivität in China. Der Weg, den Tokio gewählt hat, unterscheidet sich etwas von dem Weg Englands und Amerikas. Denn die japanische Diplomatie besitzt in China ganz besondere Trümpfe, die über die üblichen Konzessionen, Besatzungstruppen und mit Stacheldraht abgesperrten Fremdenviertel hinausgehen. Tokio hält nämlich ganze chinesische Provinzen fest in seinen Händen —ein Luxus, den sich weder die Engländer, noch die Amerikaner erlauben, weil sie keine chinesischen Territorien, sondern nur den chinesischen Markt brauchen. Japans Ziele gehen weiter. Es kämpft für seine Expansion und denkt nicht daran, seine territorialen Vorteile einem lumpigen Vertragsfetzen zu opfern. Und wenn, dann nur gegen entsprechende Gegenleistungen und Garantien, die aber keine mehr oder minder unabhängige chinesische Regierung geben kann. Japan hält die Mandschurei fest. Der japanische Sonderdelegierte in der mandschurischen Hauptstadt Mukden, Baron Hayashi, bewacht das Erbe Tschang-Tso-Lins, Tschang-Hsü-Liang hat einen äußerst schweren Stand, aber er versucht doch, gegen den überhand genommenen Einfluß Japans in der Mandschurei Boden zu gewinnen und durch große Dollar-Investitionen den Japanern Konkurrenz zu machen. Japan ist durch das Vordringen Amerikas in der Mandschurei aufs Höchste beunruhigt. Daher der rücksichtslos scharfe Ton der letzten japanischen Noten an Mukden und auch an Nanking. Verliert Japan seine Vormachtstellung in der Mandschurei, wird Japan sich als ohnmächtig gegenüber den Bestrebungen Nankings, auch diese letzten chinesischen Provinzen dem geeinten China einzuverleiben, erweisen. Dann wird es sich in China um ein gutes Jahrzehnt zurückgeworfen sehen. Nanking hat noch am 19. Juli den chinesisch-japanischen Vertrag vom Jahre 1896, der in diesem Jahre abläuft, für aufgehoben erklärt. Sollte der japanische Ministerpräsident Tanaka dem Beispiel seiner amerikanischen und englischen Kollegen folgen und die Taktik in China ändern? Das kann er unmöglich. Auch er „verhandelt" zwar mit Nanking, aber er sucht dort ganz besondere Faktoren auszuspielen, die ihm Amerika immer mehr aus der Hand schlägt.

Die Erbitterung in Tokio gegen Washington und Nanking steigt. Aber Japan ist in China noch sehr mächtig. Und es steht ein erbitterter Kampf im Fernen Osten bevor. Wie wird er enden? Amerikas Chancen wachsen ständig wie überall in der Welt, Japan ist nervös und unzuverlässig. Es kann sich zu katastrophalen Entscheidungen hinreißen lassen. England nimmt eine Mittelstellung ein. Es wird wie immer erstreben, daß die anderen für es die Kastanien aus dem Feuer holen. Der Ausgang des Kampfes ist ungewiß. Auch braucht er nicht bis zur Unendlichkeit mit rein diplomatischen Mitteln geführt zu werden. Vielleicht werden die schweren Geschütze ein gewichtiges Wort zu sagen haben. Vieles hängt von der Stärke bezw. Schwäche Nankings ab. Wird Nanking schwach sein, dann werden die chinesischen Generäle, selbstverständlich mit fremder Rückendeckung, sich erheben. Wird Nanking stark sein, dann ist ein Zusammenprall der konkurrierenden Großmächte nicht ausgeschlossen. Es ist in China und um China herum nach einer kurzen Atempause wieder bewegter geworden. Vielleicht ist das das Zeichen eines herannahenden Sturmes.

★

Die Forderungen der südchinesischen Regierung.

)(**Schanghai**, 11. August. Der Minister des Aeußeren der südchinesischen Regierung Wang erklärte dem Vertreter des Reuter-Büros: Mag auch dem chinesischen Volke politisches Urteil abgehen, so versteht es doch die großen Fragen, wie die Aufhebung der ungleichen Verträge und der Exterritorialität und die Wiederherstellung der souveränen Rechte. Die öffentliche Meinung in China fordert eine Regelung dieser Fragen. Daraus ergibt sich die Notwendigkeit einer entscheidenden Aktion der Regierung, damit im Innern kein Verfall eintrete. Japan wird die Vereinigung der Mandschurei mit dem nationalistischen China nicht verhindern können.

Thümmel †.

● **Jena**, 10. Aug. Geheimer Kirchenrat Prof. D. Wilhelm Thümmel ist im Alter von 72 Jahren gestorben. Er gehörte dem letzten Weimarischen Landtag als Mitglied an und spielte eine führende Rolle in der Deutschen Volkspartei. Vor seiner Berufung nach Jena war er einer der gehässigsten Wanderredner des Evangelischen Bundes, der keine Gelegenheit vorübergehen ließ, die Gefühle der Katholiken zu verletzen. Zusammen mit seinem Bochumer Bruder hat er viel konfessionellen Hader namentlich in die politischen Kämpfe Rheinlands und Westfalens getragen. Unsere älteren Leser werden sich namentlich noch der Verunglimpfungen der katholischen Lehre durch Thümmel in Herne erinnern, welche ein gerichtliches Nachspiel hatten. In den letzten Jahren war er ruhiger geworden und beschäftigte sich hauptsächlich mit der Organisation der thüringischen evangelischen Landeskirche, wofür ihn die juristische Fakultät der Universität Jena zum Ehrendoktor ernannte.

Der Dokumentendiebstahl in der Pariser Reparationskommission.

◆ **Paris**, 10. Aug. Die gerichtliche Untersuchung der Angelegenheit des Dokumentendiebstahls in der Reparationskommission durch einen früheren Angestellten der Kommission, de Sailly, der bekanntlich in Haft genommen worden ist, hat, wie Havas berichtet, folgendes ergeben: de Sailly hat sich durch ein Schreibmaschinenfräulein der Reparationskommission, namens Delesalle, Kopien zweier Dokumente verschafft. Das wichtigste dieser Dokumente war ein Brief des Finanzministers, in dem darauf hingewiesen wird, daß die Betrügereien französischer und deutscher Geschäftsleute aufgedeckt worden seien und eine gerichtliche Untersuchung eingeleitet werde. Die Kopie dieses Briefes wurde später bei dem in der Angelegenheit der Sachlieferungsschiebungen verhafteten Levy, einem Gesellschafter des Goldschmitt, vorgefunden. Goldschmitt war bekanntlich gleichfalls verhaftet und später gegen Stellung einer Kaution von 1 Million Franken freigelassen worden, flüchtete aber nach Holland, wo er sich noch aufhalten soll. Nach seinem Ausscheiden aus der Reparationskommission hatte de Sailly eine Annoncenexpedition gegründet und Geschäftsleuten gefälschte Vertragsentwürfe zur Einfuhr von Hopfen, Vieh und Futter von Deutschland nach Frankreich angeboten. Bei Frl. Delesalle wurde ein von de Sailly ausgefertigter Scheck über 50 000 Franken vorgefunden. Sie ist vorläufig in Freiheit belassen worden.

Eine Anzeige gegen Beamte der Münchener Polizeidirektion.

— **München**, 11. Aug. Ein außerbayrisches Blatt hat die Meldung verbreitet, daß ein gewisser Abel gegen den Chef der bayrischen Landespolizei, Oberst von Seisser, gegen den Oberregierungsrat Bernreuther und den Kriminalkommissar Wenzel von der Münchener Polizeidirektion Anzeige wegen Paßfälschung erstattet habe. Dem Abel soll ferner in Ungarn ein wegen Fememordverdachtes gesuchter Oberleutnant Braun gestanden haben, er sei der bis jetzt vergeblich gesuchte Mörder des sozialdemokratischen bayrischen Abgeordneten Gareis.

Hierzu schreiben am Sonnabend die „Münchener Neuesten Nachrichten": Wie wir erfahren, ist eine solche Anzeige tatsächlich eingegangen. Sie wird von der zuständigen Stelle, wie es dem Gesetz nach selbstverständlich ist, weiter verfolgt. Der anzeigende Abel ist bei der Münchener Polizei wohlbekannt nach den verschiedensten Richtungen, so daß man den von ihm stammenden Angaben nicht ohne weiteres Gewicht beilegen kann. Hinsichtlich der Behauptung zu dem Gareis-Mord wird man das Untersuchungsergebnis abwarten müssen. Zu der Behauptung wegen der Ausstellung von Pässen mit anderen Namen müssen wir jedoch heute schon sagen, daß auch hierin nicht ohne weiteres ein Unrecht wird gesehen werden müssen. Sind derartige Maßnahmen tatsächlich getroffen worden, so können sie sehr wohl eine Art Notwehr gewesen sein in Zeiten, da Poincaré das Ruhrgebiet besetzen ließ und wider alle Verträge am Rhein ein Hindernis zog, das deutsche Gebiete und die Pfalz vom Mutterlande abtrennte und in höchste Not versetzte.

Deutsche Angebote für den Bau amerikanischer Luftschiffe.

• **Washington**, 10. Aug. Heute erfolgte durch Unterstaatssekretär Robinson die Eröffnung der Angebote, welche auf die Ausschreibung des Marineministeriums für die Pläne und den Bau zweier lenkbarer Luftschiffe für das starre System von je 6½ Millionen Kubikfuß eingegangen waren. Insgesamt waren 10 Angebote eingelaufen, die in Gegenwart eines Ausschusses von Sachverständigen geöffnet wurden. Sieben der Angebote enthielten lediglich die Pläne für die beiden Luftschiffe, darunter befanden sich drei deutsche Angebote und zwar von Max Kastner in Apolda, Gustav Wilhelm Hagermann in Oschatz und der Firma Schütte in Berlin. Die übrigen drei Angebote enthielten Kostenvorschläge für den Bau der Luftschiffe und waren von der Good Year Zeppelin Compagnie in Akron, der American Brewn Boveri Electric Compagnie in Camden und der Trent Engine Manufacturing Compagnie in Los Angeles eingereicht worden. Unterstaatssekretär Robinson gab bekannt, daß die eingehende Prüfung der Angebote mehrere Wochen beanspruchen werde. Der Bundeskongreß hat für den Bau der beiden Luftschiffe die Summe von 8 Millionen Dollar bewilligt, mit der Einschränkung, daß falls nur ein Luftschiff gebaut würde, die Kosten 5½ Millionen Dollar nicht überschreiten dürfen.

Von Nah und Fern.

Das Urteil im Düsseldorfer Stadtkassiererprozeß.

× **Düsseldorf**, 9. Aug. Heute abend wurde das Urteil gegen die beiden Stadtkassierer Wilhelm Rosse und Karl Wulff gefällt, die auf Veranlassung des Möbelhändlers Tigges im Verlaufe von vier Jahren seine faulen Schecks mit städtischen Geldern eingelöst und auf diese Weise die Stadt um 120 000 Mk. geschädigt hatten. Stadtkassierer Rosse wurde zu drei Jahren Gefängnis, Wulff zu 2½ Jahren Gefängnis, Tigges zu drei Jahren Zuchthaus und fünf Jahren Ehrverlust, Frau Tigges zu drei Monaten Gefängnis mit Strafaussetzung verurteilt. Drei weitere Angeklagte wurden freigesprochen.

Schweres Motorbootunglück.

:: **Potsdam**, 11. August. Ein französisches Versuchsflugwasserboot schlug auf dem Templiner See unweit des Luftschiffhafens um. Das zu Hilfe herbeieilende Motorboot der Luftschiffhafenwerft explodierte auf der Fahrt. Zwei Leute wurden ins Wasser geschleudert und ertranken, die beiden anderen im Boot befindlichen erlitten lebensgefährliche Brandwunden.

Wieder zwei Zuchthäusler aus Brandenburg entwichen.

◆ **Brandenburg**, 11. Aug. Aus dem hiesigen Zuchthaus sind wieder zwei Gefangene, ein gewisser Paul Heinicke und ein Fritz Ronniger, entwichen. Die beiden waren wegen Diebstahls zu einer längeren Zuchthausstrafe verurteilt worden. Wegen guter Führung wurden die beiden mit am Strafanstaltsumbau in Görden beschäftigt. Sie arbeiteten an einer etwas abseits gelegenen Stelle. Die günstige Gelegenheit benutzten sie und entwichen. Ihre Flucht wurde jedoch bald bemerkt. Heinicke konnte auch nach kurzer Zeit wieder ergriffen werden, während Ronnigger noch gesucht wird. Die wiederholten Fluchtversuche haben, wie der „Lokalanzeiger" berichtet, die Strafanstaltsdirektion jetzt veranlaßt, schärfere Maßnahmen zu ergreifen, um diese Ausbrüche unter allen Umständen zu verhindern.

Seine Tochter und sich selbst erschossen.

:: **München**, 11. August. In Reith hat der Direktor einer chemischen Fabrik in München vermutlich in geistiger Umnachtung zuerst sein achtjähriges Töchterchen und dann sich selbst erschossen. Beide waren sofort tot. Eine gerichtliche Untersuchung ist eingeleitet.

Deutsche vor einem französischen Kriegsgericht.

◇ **Kaiserslautern**, 10. August. Vor dem französischen Kriegsgericht hatten sich zwei Deutsche wegen „Provokation der Besatzungsbehörden" (durch Singen des Deutschlandliedes) und neun wegen verbotenen Waffentragens zu verantworten. Sie wurden sämtlich zu Gefängnisstrafen von 15 Tagen und zu Geldstrafen von 350 Mark verurteilt.

Paratyphus in der schwäbischen Donaugegend.

● **Gundelfingen**, 11. Aug. In der schwäbischen Donaugegend in Lauingen und Gundelfingen herrscht Paratyphus, der bereits im Mai ausbrach, aber dann abflaute. Im Juli und August ist die Seuche dann aber erneut in Erscheinung getreten, und die Zahl der Erkrankungen beläuft sich bereits auf über 100, darunter 60 schwere Fälle und eine Reihe von Todesfällen.

Neue Waldbrände in den Ostpyrenäen.

◆ **Paris**, 11. Aug. Am Freitag lagen wieder neue Meldungen von umfangreichen Waldbränden in den Ostpyrenäen vor. Eine Kompagnie des 24. Schützenbataillons in Perpignan ist in Autos abgerückt, um gefährdete Gutshöfe zu schützen und dem Feuer Einhalt zu bieten. Bei Ceset mußte die Einwohnerfeuerwehr und Landpolizei unter größten Anstrengungen bis in die späten Nachtstunden arbeiten, um Herr des Feuers zu werden. Einige Augenblicke später brach ein neues Feuer auf dem Gipfel des Ventoz aus und stellte an die erschöpften Löschmannschaften neue Anforderungen. Der Schaden ist wiederum sehr bedeutend.

Beim Baden ertrunken.

!! **Paris**, 11. August. Bei Ecaples an der französischen Westküste wurden zwei Kinder einer Ferienkolonie beim Baden von der Strömung fortgerissen und ertranken. Der Geistliche, der die Aufsicht führte, ist beim Versuch der Rettung selbst ertrunken.

Feuersbrunst in Frankreich.

((**Paris**, 11. August. Dem „Petit Parisien" wird aus Albertville (Savoyen) gemeldet, daß in der Ortschaft Grignon 20 Häuser in Flammen stehen und weitere bedroht sind. Nach einer Meldung des „Matin" ist das Dorf Laperrière in Hoch-Savoyen völlig durch Feuer vernichtet worden. Auch in der Bretagne und in Südfrankreich werden neue Brände gemeldet. Im Departement Charante Inférieure haben die seit Tagen wütenden Brände, laut „Petit Parisien", insgesamt 5000 ha Wald vernichtet.

Aufsehenerregender Raubmord.

)(**Paris**, 10. August. In Freitag nachmittag wurde hier ein Raubüberfall verübt, bei dem es zwei Tote und zwei Verwundete gab. Am Vormittag erschien in einem Juwelierladen ein Kunde und ließ sich von dem Inhaber eine Reihe von Schmucksachen zur Auswahl vorlegen. Hierauf verließ er das Geschäft, ohne irgendetwas zu kaufen. Am Nachmittag erschien er wieder. Ohne ein Wort zu verlieren, gab er mehrere Schüsse auf den Juwelier ab, der tot hinfiel. Die Frau des Juweliers, die sich im oberen Stockwerk aufhielt, sprang aus Schreck aus dem Fenster und verletzte sich schwer. Die von Vorübergehenden herbeigerufene Polizei sah sich zu einer regelrechten Belagerung des Ladens gezwungen, da der Verbrecher aus dem Fenster wiederholt Schüsse auf die Straße abgab. Nach lebhaftem Kugelwechsel gelang es der Polizei, in das Geschäft einzudringen, wo sie den Banditen mit einem Revolverschuß im Rücken tot vorfand. Ein Weinhändler in einem gegenüberliegendem Geschäft war gleichfalls von einer Kugel getroffen worden. Sein Zustand ebenso wie der der Frau des Juweliers ist ernst.

Flugzeugabsturz in Südafrika.

)(**Kapstadt**, 10. August. Ein Flugzeug, das heute früh von Kimberley abgeflogen war, um 3000 bis 4000 Pfund Sterling nach dem Lichtenberger Diamantenbezirk zu bringen, ist abgestürzt. Beide Insassen wurden getötet.